

MIROŚLAW PIOTROWSKI

DAS VERHÄLTNIS DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI  
POLENS ZUM JUDENTUM NACH 1945\*

VORBEMERKUNGEN

Der Gegenstand meines Vertrages war nicht einfach. Bis heute weckt dieses Thema viele Meinungsstreitigkeiten sowohl unter der polnischen Bevölkerung als auch unter den Juden im Ausland. Der Umgang mit der historischen Überlieferung ist sowohl bei den Polen als auch bei den Juden sehr parteilich. Das uns interessierende Thema wurde in Polen grundsätzlich nur in einem Büchlein und nur auf ca. zwanzig Seiten behandelt, und zwar bei Krystyna Kersten: *Polen – Juden – Kommunismus. Eine Anatomie von Halbwahrheiten 1939-1968*, Warszawa 1992 (und neulich ist auch ein Buch von M. Chodakiewicz erschienen, dies teilweise das Thema erörtert). Eine der Ursachen dafür, daß die Wissenschaftler dieses Thema umgehen, ist die Befürchtung, daß man als Antisemit bzw. als Polenhasser abgestempelt wird. Die Vernunft gebietet also, diesem Thema möglichst oberflächlich zu begegnen. Ein zusätzlicher Faktor ist dabei auch das am 29. August 1997 verabschiedete „Gesetz über den persönlichen Datenschutz“ – *es bestimmt*, daß man straffällig werden kann bereits im Moment, wenn man Auskunft über die ethnische Herkunft einer Person gibt. Zu Beginn möchte ich zwei Fragen klären, die sich konkret auf das Thema beziehen:

---

DR HAB. MIROŚLAW PIOTROWSKI – kierownik Katedry Historii Najnowszej KUL; adres do korespondencji: e-mail: mirekpio@kul.lublin.pl

\* Tekst referatu wygłoszonego 20 II 2001 r. w Volkshochschule Münster, w ramach tamtejszych obchodów „Dni kultury żydowskiej” – *Jüdische Kulturtage Münster 2001* „*Jüdisches Leben in Polen*”, dotychczas niepublikowany.

1. Es ist zunächst die Klärung der Bezeichnung „Judentum“, d.h. die Feststellung, wer für einen Juden gehalten werden kann. Ein entscheidender Faktor war und bleibt hier neben der ethnischen Herkunft das Selbstbewußtsein und die Selbstbestimmung, was man als Nationalbewußtsein umschreiben kann. Kurz gesagt: Wenn sich eine Person nach 1945 öffentlich zum Judentum bekannte und in amtlichen Dokumenten unter der Rubrik „Volkszugehörigkeit“ das Wort „Jude“ eintrug, wird sie ohne Zweifel zum Judentum gerechnet werden müssen.

2. Die nächste Frage ist eine präzise Bestimmung der Bezeichnung „kommunistische Partei Polens“. Unter diesen Begriff fällt vor allem die an der Wende von 1942 auf 1943 in der Sowjetunion entstandene Polnische Arbeiterpartei (PPR), eine Nachfolgerin der Kommunistischen Partei Polens. Sie verband sich 1948 mit der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) und bildete somit die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR), die in Polen ununterbrochen bis 1989 regierte.

#### I. DIE ERSTEN STRUKTUREN DER KOMMUNISTISCHEN STAATSMACHT IN POLEN UND DIE JÜDISCHE FRAGE

Infolge der Vereinbarungen zwischen den Vertretern der „Großmächte“ in Teheran und Jalta geriet Polen in die sowjetische Einflußzone. Unter Vorwegnahme der endgültigen Entscheidungen begann Stalin bereits anderthalb Jahre vor dem Abschluß des Krieges den künftigen, ihm gegenüber gefügigen Machtapparat für die zu unterordnenden Länder zu organisieren. 1943 entstand in der Sowjetunion der „Verband polnischer Patrioten“ (ZZP) mit Wanda Wasilewska an der Spitze. Für den Fall einer baldigen Befreiung Polens begann der Verband bereits damals regionale Strukturen zu bilden, die Keimzellen einer künftigen Verwaltung. Bereits damals kam es zu überaus scharfen Auseinandersetzungen wegen der personalen Besetzung der Ämter im zukünftigen Verwaltungsapparat. Es tauchte ebenfalls der jüdische Faktor auf. Sowohl Stalin als auch Wanda Wasilewska und die sehr einflußreiche Jüdin aus Lemberg Julia Brystyger, eine ehemalige KP-Funktionärin, setzten sich stark dafür ein, daß auf den aufgestellten Kandidatenlisten Kommunisten jüdischer Herkunft die Mehrheit bilden. Man erklärte offen, daß man sich von den jüdischen Kandidaten künftig einen stärkeren Gehorsam gegenüber der Sowjetunion verspricht als von den polnischen Kandidaten. Gegen dieses Konzept versuchten sich u.a. polnische Generäle aufzulehnen, die an der Seite der Roten Armee kämpften: Karol Świerczewski und Zygmunt Berling. Die

Memoiren des letzteren erschienen 1991 in einem Warschauer Verlag. Im zweiten Band, der den Titel „Gegen die 17. Republik“ trägt, stellt er die Situation im Vorstand des Verbandes polnischer Patrioten dar: „Bei der Besetzung aller Stellen herrschte das Sektierertum und eine freche Bevorzugung von Juden und Jüdinnen, ohne Berücksichtigung ihrer wirklichen Fähigkeiten und ihrer sozialen Herkunft. Die Vorsitzfunktionen regionaler Zellen des Verbandes wurden vollständig von Juden besetzt. Nur um den Schein zu wahren, ließ man an zweitrangigen Stellen in Moskau stümperhafte Individuen polnischer Herkunft zu, wie zum Beispiel Andrzej Witos, Grubecki, Skrzyszewski...“ (S. 270-272).

Der Einmarsch der Roten Armee in Polen im Jahre 1944 war ein Auftakt für die Besetzung aller Stellen in der Verwaltung auf den befreiten Gebieten. Nach der Eroberung der Stadt Lublin im Juli 1944 bildete man dort aus den Reihen der Funktionäre des Verbandes polnischer Patrioten das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN), das mit Befugnissen einer Regierung ausgestattet wurde. Ein Jahr darauf hat man dieses Gremium in die Provisorische Regierung der Nationalen Einheit (TRJN) umgestaltet, in der viele Stellen von Menschen jüdischer Herkunft besetzt wurden. Nach einem einträchtigen Urteil der Historiker regierte in Polen in den Jahren 1944/45 trotz vieler Verschiebungen auf leitenden Stellen in Wirklichkeit das Triumvirat: Boleslaw Bierut, Jakub Berman und Hilary Minc. Die zwei letzteren waren Menschen jüdischer Herkunft, die sich auch als Juden empfanden. Bis heute dauert in Polen der Meinungsstreit über die prozentmale Anteilnahme der Juden an den Strukturen der kommunistischen Machtausübung an, ohne daß man zu einem klaren Ergebnis gekommen ist. *A priori* ist dennoch die Meinung vorherrschend, daß all dies eine „Juden-Kommune“ war.

Die Mehrzahl der polnischen Bevölkerung nahm die einmarschierenden Rotarmisten als nächste Besatzer wahr. Man erinnerte sich deutlich an den Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939, in dessen Folge die sowjetischen Truppen am 17. September 1939 in Polen einmarschierten. Einschlägige Assoziationen stellten sich auch in den Jahren 1944/45 ein; die mit den Sowjets zusammenarbeitenden Polen und Juden wurden als Verräter wahrgenommen. Eine Schlüsselstellung hatte in jener Zeit das Ministerium für öffentliche Sicherheit (MBP) (d.h. die politische Polizei), das man als „bewaffneten Arm der Revolution“ bezeichnete. An seiner Spitze stand ein Pole, Stanisław Radkiewicz, seine Stellvertreter waren jedoch Juden, u.a. Mieczysław Mietkowski und Roman Romkowski, und später Antoni Alster (im Komitee für öffentliche Sicherheit). An der Spitze der wichtigsten Abteilungen dieses Ministeriums standen ebenfalls Menschen jüdischer Herkunft. Beispielsweise die Leiterin

der fünften Abteilung für den Kampf gegen die Kirche und gegen die Intelligenz war die bereits erwähnte J. Brystyger. Der Direktor der siebenten Abteilung für Zensur war Józef Czaplicki; der Direktor der zehnten Abteilung, die für die Erhaltung der „Reinheit“ in den Reihen der kommunistischen Partei sorgte, war Anatol Fejgin; sein Stellvertreter war Józef Światło (Izak Fleischfarb), der sich 1953 in den Westen absetzte. Der Direktor der Abteilung für Zuchthäuser im Ministerium für öffentliche Sicherheit war Jerzy-Dagobert Łańcut; der Chef der Untersuchungsabteilung war der berüchtigte Sadist, Oberst Józef Goldberg-Różański. All diese Umstände stärkten die Überzeugung, daß die Schuld an der in der Nachkriegszeit erfolgten Unterjochung des polnischen Volkes die Juden tragen, obwohl das Ministerium für öffentliche Sicherheit – wie bereits erwähnt – von einem Polen geleitet wurde. Eine solche Annahme ist nicht vertretbar, auch in Anbetracht der Tatsache, daß einige wichtige Abteilungen im Ministerium für öffentliche Sicherheit in der Mehrheit von Funktionären jüdischer Herkunft besetzt waren. Das Personal des Hauptamtes für Zensur setzte sich beispielsweise beinahe zu 100% aus Juden zusammen. Leiter einer der Abteilungen dieses Amtes war in der Jahren 1944-1950, der heute in Deutschland bekannte Marcel Reich (-Ranicki). Zusätzliche Informationen zum ganzen Problemfeld sind in der von mir herausgegebenen Dokumentation zu finden: *„Die Menschen der Staatssicherheit im Kampf gegen die Nation und gegen die Kirche. Der Sicherheitsdienst in der Volksrepublik Polen 1944-1978 – die Zentrale“*. Die Beschränkung der Meinungsfreiheit durch die Zensur war eine schwere Last für alle Bürger Polens. Viele bekannte Persönlichkeiten machten darauf aufmerksam, daß eine so eindeutige nationale Konnotation im Kontext der totalen Knebelung der Meinungsfreiheit einmal negativ gegen ihre Urheber zurückschlagen müsse. Der polnische Primas, Kardinal August Hlond, hat im Februar 1945 im Gespräch mit dem Posener Wojewoden (F. Widy-Wirski) folgendes festgestellt: „Was diese Juden von der Pressekontrolle machen, übersteigt das Fassungsvermögen. Ich selbst bin kein Antisemit, aber die Rolle, die das Judentum in Polen auf sich nahm, wird ihm eines Tages schlecht bekommen“. Nach der Auffassung der bereits erwähnten Historikerin Krystyna Kersten hat der Unwille des großen Teils der Bevölkerung gegenüber den Juden paradoxerweise dazu geführt, daß es für die Zwecke einer Karriere im kommunistischen Apparat von Vorteil war, sich als Jude zu seinem Judentum offen zu bekennen. Dank der stets zunehmenden Vorurteile zwischen den Polen und den Juden wurden die letzteren ein bequemes Instrument für Stalins Politik. Kersten behauptet, daß Stalin ganz bewußt nach diesem Instrument griff und die zwischen Polen und Juden herrschenden

Spannungen zum eigenen Vorteil auszuschlachten bestrebt war. Stalin brauchte Menschen, auf deren Loyalität er sich gänzlich verlassen konnte, d.h. Menschen, die einsam waren, ohne Rückhalt in der Familie und den Nachbarn, deren einziger Bezugspunkt die kommunistische Partei war.

## II. DIE JÜDISCHE BEVÖLKERUNG IM NACHKRIEGSPOLEN BIS 1956

Wenn man das Problem von Menschen jüdischer Abstammung im staatlichen Sicherheitsapparat und in der kommunistischen Partei erörtert, soll man auch der jüdischen Bevölkerung gedenken, die zum geringen Teil den Schrecken des Holocaust überlebt hatte. (Dies war u.a. der Hilfe der Polen zu verdanken; der ehemalige polnische Außenminister Władysław Bartoszewski widmete diesen Thema sein Buch *„Dieser stammt aus meinem Vaterland. Die Rettung von Juden durch Polen 1939-1945“*). Vor dem 2. Weltkrieg lebten in Polen rund 3 Millionen Juden und in der Nachkriegszeit waren sie weniger als 100 000. Viele kamen nach Polen aus dem Gebiet der Sowjetunion mit der Absicht, weiter nach Westeuropa bzw. nach Amerika zu emigrieren. Sie brachten häufig großes Vermögen mit sich, was bei der damals herrschenden allgemeinen Misere neidische Gefühle der Polen weckte. Ein Teil der Juden plante, in Polen länger zu bleiben und sich hier „einzurichten“. Sie waren Mitglieder des Zentralen Komitees Polnischer Juden, an deren Spitze Adolf Berman stand. Er war Bruder des bereits erwähnten Jakub Berman, der mit dem Segen Moskaus einer der drei Hauptentscheidungsträger in Polen war. Dieses Komitee arbeitete eng mit der polnischen kommunistischen Partei zusammen. Ähnlich wie die sozialistische jüdische Organisation „Bund“ wurde das Komitee 1948 Bestandteil der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Es könnte als logisch erscheinen, daß die sich in Polen aufhaltenden Juden auf Unterstützung und auf gesicherten Schutz seitens der Kommunisten und des Amtes für öffentliche Sicherheit rechnen konnten. So war es jedoch nicht, denn sie wurden Objekt und nicht Subjekt politischer Entwicklungen. Die Juden im kommunistischen Machtapparat verfolgten primär das Ziel, der sozialistischen Revolution in Polen zum Sieg zu verhelfen und die Richtlinien Stalins Wirklichkeit werden zu lassen. Auf dem Altar der Revolution opferte man rücksichtslos das Interesse des Individuums, auch das Interesse des „gewöhnlichen“ Juden. Es ist hier nicht der Platz, den komplizierten geschichtlichen Hintergrund der Abneigung der Polen gegenüber den Juden zu beleuchten – die Abneigung stützte sich sowohl auf Stereotype als auch auf mensch-

liche Lebenserfahrung, die man häufig als Antisemitismus bezeichnet. Hervorzuheben ist lediglich, daß die kommunistischen Behörden die einschlägigen Stimmungen bewußt manipulierten, ohne daß sie dabei Rücksicht auf tragische Folgen ihres Verhaltens genommen hätten. Die polnischen Historiker sind sich einig darüber, daß die antijüdischen Krawalle bzw. die Versuche, solche Krawalle in Krakau, Rzeszów und Lublin zu stiften, eine *P r o v o k a t i o n* waren. Dies gilt in erster Linie für die bekannten antijüdischen Unruhen in Kielce, die tragisch endeten. Das bedeutet, daß die polnische Bevölkerung von dem kommunistischen Apparat bewußt zu Ausschreitungen gegen die Juden und sogar zu Pogromen an „gewöhnlichen“ Juden provoziert wurde, obwohl die Juden in dem Apparat stark präsent waren. Man muß noch einmal betonen, daß die Empfänglichkeit der polnischen Bevölkerung für solche Provokationen ein Sonderproblem darstellt, das hier nicht erörtert wird. In Kielce kam es am 4. Juli 1946 zu einer großen Tragödie. Infolge von provozierten Ausschreitungen kamen 42 Juden ums Leben. Da diese Ereignisse allgemein bekannt sind, möchte ich hier nicht auf Einzelheiten eingehen. Erwähnt sei lediglich eine erschütternde und gleichsam prägnante Tatsache: Entsprechend Berichten von Augenzeugen, die im Buch von K. Kałolewski *Der verstorbene Friedhof* angeführt sind, und Augenzeugenaussagen aus einem dem Thema gewidmeten Dokumentarfilm begann der Krawall und das Totschlagen von Juden in Kielce in einem Mietshaus an der Planty-Straße 7, wo die Juden angeblich polnische Kinder geschlachtet und ihre Körper als Zutat zur Matze verwendet hätten. Bis heute nicht identifizierte Personen drangen in das Haus ein, sie warfen die Juden von den Balkonen und aus den Fenstern auf die Straße bzw. führten sie vor die angesammelte Menge, damit diese an ihnen Lynchjustiz über. Das Haus hatte allerdings zwei Eingänge und die Wohnungen im zweiten Treppenhaus bewohnten Juden, die im Amt für Sicherheit arbeiteten. Wenn eine Person aus diesem Treppenhaus herausgeholt wurde und man sie zu prügeln begann, sprangen gleich einige Männer aus der Menge heraus (zweifelsohne waren das Sicherheits-Leute) und befreiten sie. Auch wenn man entgegen der Meinung Kałolewskis annimmt, daß die versammelte Menge rachsüchtig und aufgebracht war, sieht man dank dieser Tatsachen klar ein, daß die Männer aus der politischen Polizei nicht nur die „ausgewählten“, sondern alle Juden hätten retten können. Die hier geschilderten Ereignisse zeigen ebenfalls, daß das in Kielce provozierte Geschehen von der Staatssicherheit gänzlich kontrolliert wurde. Das provozierte Pogrom sollte die Aufmerksamkeit des Auslandes von der gefälschten Volksabstimmung ablenken, deren Ergebnisse in jenen Tagen bekanntgegeben werden sollten. Es sollte die westlichen Länder überzeugen, daß die Gegner der

kommunistischen Regierung in Polen Juden ermorden und Pogrome provozieren. In einem Bericht an das amerikanische Innenministerium über die Ereignisse in Kielce schrieb der Botschafter der USA in Polen Arthur Bliss Lane:

Die Wucht des Pogroms konnte zwar den Eindruck erwecken, daß sich hinter diesem tragischen Ereignis ein primitiver und unkontrollierter Rassenhaß verborgen habe, aber sowohl oppositionelle als auch Regierungsquellen sind der Meinung, daß dies kein spontaner Ausbruch war, sondern ein akribisch vorbereitetes Komplott.

Der Funktionär der Volkspartei Stefan Karboński schrieb: „Es lag auf der Hand, daß das Pogrom von der Staatssicherheit organisiert wurde“. In einer der Untergrundzeitungen von „Freiheit und Unabhängigkeit“ („Wolność i Niezawisłość“ [WiN]) „Ehre und Vaterland“ (Honor i Ojczyzna), die mit dem Pogrom in Kielce ebenfalls die Staatssicherheit belastete, konnte man den folgenden Satz finden:

Die Juden wurden also ein gefährliches Werkzeug in den Händen derer, die mehr Kommunisten als... Juden sind.

Besonders dieses letzte Zitat spiegelt das Verhältnis der Kommunisten zum Judentum in Polen ein Jahr nach der angeblichen „Wiedererlangung der Unabhängigkeit“ wider. Es kann also nicht verwundern, daß die in Polen zurückgebliebenen Juden sich stark verunsichert fühlten. Sie waren sprichwörtlich zwischen Tür und Angel geraten. Es eröffneten sich vor ihnen dennoch mehrere Alternativen. Sie konnten das Land verlassen, sie konnten den Namen ändern und dann sozusagen „untertauchen“, und sie konnten schließlich in die Reihen der regierenden Partei eintreten und ein Teil der „Juden-Kommune“ werden. Die Unschlüssigen waren unter den herrschenden Bedingungen zur Entfremdung verurteilt.

Die Juden, die die deutsche Besatzung und die Konzentrationslager überlebt hatten, empfanden ebenfalls einen starken Drang nach Vergeltung und Rache an Deutschen, die schuld am Tod ihrer Angehörigen waren. Massenhaft ließen sie sich von der Staatssicherheit anwerben, in deren Reihen sie dann reichlich Gelegenheiten fanden, ihren Rachedurst zu stillen. Dieses Phänomen beschrieb der amerikanische Jude John Sack in seinem Buch *Auge um Auge. Die verschwiegene Geschichte von Juden, die sich 1945 an Deutschen gerächt haben* (das Buch erschien 1995 in Polnisch, es gibt auch eine deutsche Ausgabe).

Die Rache der in der Staatssicherheit tätigen Juden erreichte allerdings nicht mehr die Häscher von der SS, die sich mittlerweile abgesetzt hatten, sondern meist gewöhnliche Deutsche, die nach dem Kriege in ihren Wohnorten (meist war das in Schlesien der Fall) zurückblieben. Im Jahre 1945 war der Leiter der Operationsgruppe des Amtes für Sicherheit in der Wojewodschaft Kattowitz der bereits erwähnte Marcel Reich-Ranicki. Der ehemalige Kapitän der Stasi blendet in den kürzlich herausgegebenen Memoiren *Mein Leben* diese Episode aus. Viele Juden traten aus denselben Überlegungen wie Reich-Ranicki in den Sticherheitsdienst ein.

### III. ZWISCHEN TAUWETTER UND NEUER EISZEIT (1956-1967)

In der kommunistischen Partei wurde ein scharfer Kampf ausgetragen, dessen entscheidende Momente der Tod Joseph Stalins 1953 und das politische Tauwetter vom Oktober 1956 waren. Seit langem gerieten nämlich zwei Gruppen von Kommunisten: gegeneinander im Kampf um Einfluß und Macht die Juden, die mit der Roten Armee nach Polen kamen und eine Gruppe polnischer Kommunisten mit dem Innenminister Mieczysław Moczar an der Spitze, die während des Krieges im Untergrund kämpften, sogenannte „Partisanen“. Die Ernennung Władysław Gomułkas zum Generalsekretär der KP stärkte die letztere Gruppe. Es fiel ihr nun leicht, die stalinistischen Verbrechen in die Schuhe der jüdischen Parteifunktionäre zu schieben. Es begann eine Säuberungsaktion in den Reihen des Sicherheitsapparates und in der Partei, als Vorwand diente die Beseitigung von „Entartungen der sozialistischen Idee“. Ein Teil der entlassenen jüdischen Funktionäre emigrierte nach Westeuropa, in die USA und nach Israel. Die internationalen Statistiken besagen, daß die jüdische Minderheit in Polen im Jahre 1948 88 000 Personen zählte. Zum bedeutenden Teil emigrierten sie nach Israel bereits in den Jahren 1949-1951, allein in organisierten Transporten waren das 28 000 Personen. In den Jahren 1956-1957 verließ Polen eine nächste Welle von Juden, annähernd 40 000 Personen. Es ist allerdings hinzuzufügen, daß die Hälfte von ihnen gerade vor kurzem aus dem sowjetischen Territorium angekommene Juden waren. Viele Juden verließen zur damaligen Zeit Breslau und andere niederschlesische Städte. Die Ausreisen wurden von Kommentaren begleitet, daß die Juden Polen aus Angst vor der Verantwortung für ihre in der Stalin-Zeit (d.h. der Periode von „Fehlern und Entartungen“) begangenen Verbrechen fluchtartig verlassen würden. Man sprach auch von ihrer Angst vor dem polnischen Antisemitismus, der durch die von den Juden begangenen

Untaten entfacht worden sei. Unter den Ausreisenden gab es tatsächlich viele Kommunisten.

In Polen blieben also nach 1957 ca. 25 000 bis 30 000 Juden und Personen jüdischer Abstammung zurück. Ergänzend ist allerdings zu erwähnen, daß Polen und die Sowjetunion im März 1957 einen Vertrag abgeschlossen haben, auf dessen Grundlage bis zum 31. März 1959 224 000 Personen nach Polen heimkehren konnten. Mit dieser Gruppe kamen rund 40 000 Personen jüdischer Abstammung, die meisten von ihnen reisten aber bald in andere Länder aus. In bezug auf die Jahre 1967/68 ist festzustellen, daß damals in Polen schätzungsweise knapp 30 000 Juden lebten. Ein Viertel aller Juden in Polen waren Kinder unter 18 Jahren. Zum Teil waren die Juden Mitglieder verschiedener Organisationen und Verbände. Ein Beispiel: Die Gesellschaftlich-Kulturelle Vereinigung der Juden (TKSŻ) in Polen zählte 1966 7500 Mitglieder. Auf Initiative der Vereinigung gründete man in Warschau 1962 den Jugendklub „Babel“; er zählte 1968 262 Mitglieder. Mit Vorträgen traten dort u.a. der Schriftsteller Jerzy Putrament und der künftige Ministerpräsident Mieczysław Rakowski auf.

In den Reihen der kommunistischen Partei (PZPR) bildeten sich informell die „Gruppe von Puławy“ und die „Gruppe von Natolin“, so bezeichnet nach den Orten, an denen sie sich versammelten. Die erste Gruppe war mehr liberal geprägt, ihre Angehörigen – meist Menschen jüdischer Abstammung – forderten politische Veränderungen im Staat. Mitglieder der zweiten Gruppe waren die sogenannten „Betonköpfe“, meist die ideologisch konservativen „Partisanen“. In der polnischen Fachliteratur fanden für die zwei Gruppierungen die Bezeichnungen „Juden“ und „Lumpen“ große Verbreitung. Der Historiker J. Eisler schreibt, daß zu Beginn der 1960er Jahre im polnischen Innenministerium (ursprünglich: Ministerium für öffentliche Sicherheit) eine „Arisierung“ und „Entjudung“ erfolgte. Um die Mitte der 1960er Jahre begann man in diesem Ministerium alle Menschen jüdischer Abstammung zu erfassen. Man notierte sogar, wo der „Jude“ Einkäufe mache. Es kam auch dazu (allerdings ohne daß man sich eine Erlaubnis des Politbüros der PZPR geholt hätte), daß man Telefongespräche abhörte und bedeutende Personen jüdischer Herkunft überwachte. Einer strengen polizeilichen Kontrolle unterwarf man die in Polen einzige Zeitschrift, die in Jiddisch erschien: „Folks-Sztyme“. Die „rassische Säuberung“ erfaßte ebenfalls das Offizierskorps. Der in Polen gastierende stellvertretende Verteidigungsminister der Sowjetunion, Sergiej Birusow, soll dem polnischen General Spychalski folgendes erklärt haben: „Eine Armee unter der Führung von Juden und Konterrevolutionären kann nicht im Kampf gegen den Imperialismus eingesetzt werden“. Diese Aussage

hing mit der ideologischen Offensive zusammen, die von der Sowjetunion in den arabischen Ländern gestartet wurde. Die jüdische Frage wurde also mit Vermittlung der Sowjetunion erneut ein Instrument im innenpolitischen Kampf in Polen. Um die Mitte der 1960er Jahre gab es unter den circa 40 bis 45 000 Offizieren der polnischen Armee rund 250-300 Juden. Entlassen wurden dennoch sogar Personen, denen man eine Freundschaft mit einem jüdischen Offizier „vorwarf“. In der Partei bekämpfte die Gruppe der „Partisanen“ von Moczar den „liberalen“ Anhang des Generalsekretärs Władysław Gomułka. Der Aktion schloß sich die Gruppe sogenannter fortschrittlicher Katholiken aus der Vereinigung PAX unter der Leitung von Bolesław Piasecki an. Der letztere war vor dem Kriege Führer der rechtsradikalen politischen Formation: National-Radikales Lager – Falanga, das tatkräftig das Judentum in Polen bekämpfte. Die antijüdische Aktion verbreitete sich stufenweise „nach unten“ und erfaßte die unteren Stufen der sozialen Struktur – Betriebe, Universitäten, usw. Einer der Stasioffiziere, Kapitän A. Opaliński, fragte bei einem Verhör im Jahre 1965 den Dissidenten Jacek Szymanderski nach der Situation an der Warschauer Universität: „Ver sammeln sich die Juden häufig an der Fakultät?“ Der überraschte Szymanderski antwortete ironisch, er wisse das nicht, weil er die Juden nicht unterscheiden könne. Darauf folgte eine ernste Antwort: „Nicht gut, Herr Szymanderski, nicht gut, das müßten Sie wohl endlich lernen“.

Man war bestrebt, die Überzeugung zu stärken, daß das erste blutige Jahrzehnt des Kommunismus in Polen ein Verdienst der jüdischen Kommunisten gewesen sei, und daß die „Partisanen“ daran keine Schuld tragen. Das neue geschichtliche Bewußtsein sollten in der polnischen Gesellschaft die damals produzierten Filme verbreiten. Bald griff man erneut nach dem Instrument der Provokation, in der der jüdische Faktor eine bedeutende Rolle spielte.

#### IV. DIE JÜDISCHE FRAGE BEI DEN EREIGNISSEN VOM MÄRZ 1968

Ein Signal dafür, daß die in Polen noch zurückbleibenden Juden mit Problemen zu rechnen haben, war der jüdisch-arabische Krieg von 1967, in dessen Verlauf sich die Sowjetunion an die Seite der Araber stellte. Im Einklang mit den Weisungen aus Moskau begann die kommunistische Partei in Polen eine Hetzjagd nach den vermeintlichen Anhängern Israels. Unter Verdacht standen selbstverständlich zunächst die Personen jüdischer Abstammung. Ernsthafte Angriffe gegen sie erfolgten allerdings erst im Zuge einer inneren Provokation in den Reihen der PZPR. In Abwesenheit des Generalsekretärs

Gomułka beschloß der Innenminister der Volksrepublik Polen M. Moczar Anfang März 1968 die ganze Macht an sich zu reißen und gleichzeitig alle Personen jüdischer Herkunft aus dem Machtapparat zu entfernen. Er nutzte dabei eine Provokation, indem er die akademische Jugend zu einer Revolte aufhetzte. Die Hauptlosung der studentischen Auftritte war die Forderung nach Meinungsfreiheit. An die Spitze der Jugend stellten sich junge Leute, meist jüdischer Abstammung, deren Eltern einst bedeutende Stellen im Staat und in der Partei bekleideten. Dies waren unter anderem: Adam Michnik, Sohn von Ozjasz Szechter, einst Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Westukraine; Aleksander Smolar, Sohn von Grzegorz, dem Chefredakteur der „Folks-Sztyme“; Henryk Szlajfer, Sohn eines ehemaligen Beamten im Hauptamt für Zensur; Irena Grudzińska, Tochter des stellvertretenden Landwirtschaftsministers; Marian Alster, Sohn des ehemaligen stellvertretenden Innenministers; Karol Modzelewski, Sohn des ehemaligen Außenministers, usw. Diese jungen Leute nannte man „Bananen-Jugend“, da sie frei von materiellen Sorgen des Alltags lebten.

Es gelang Gomułka, nach der Rückkehr nach Warschau die Situation zu bändigen. Er entließ Moczar vom Posten des Innenministers und beschloß gleichzeitig, den zweiten Teil des entfachten provokativen Szenariums für die „Erledigung“ des jüdischen Problems zu nutzen. Er leistete Unterstützung für die Angriffe gegen die Juden in der Partei, in der Regierung, in der Verwaltung, der Kultur und der Wissenschaft, und es gelang ihm, die Juden aus diesen Bereichen zu entfernen. Es erfolgte damals eine „Rassensäuberung“ in diversen Organisationen und Einrichtungen. Auf diese Weise wollte Gomułka u.a. die Bevölkerung näher an die Machthaber bringen und somit diese Machthaber glaubwürdiger machen. Er verfehlte jedoch sein Ziel. Der von der PZPR entfachte Antisemitismus stieß auf Ablehnung breiter Gruppen und angesehener Persönlichkeiten. Abstand davon hat allen anderen zuvor die katholische Kirche genommen. Nach der Niederwerfung der Kundgebungen griffen die kommunistischen Behörden nach verschiedenen Erpressungsmitteln, um die Personen jüdischer Abstammung zum Verlassen des Landes zu bewegen. Man rechnete gleichzeitig auf einen Propagandaerfolg, indem man eine These von der „Fremdheit der Juden“ in Polen aufstellte und durch Tuschelpropaganda verbreitete, die Juden wären im Land geblieben, wenn sie sich mit ihm identifizieren würden.

Beweggründe der Emigration der Personen jüdischer Herkunft waren damals das Gefühl der Bedrohung und die Angst vor der Zunahme der Antisemitismus. Eine Bedeutung hatte jedoch auch die Hoffnung, im Exil eine bessere Existenz aufbauen zu können. Die Ausreisen hatten also manchmal

den Anschein einer Wirtschaftsemigration. Das Land verließen viele Kulturschaffende, Schriftsteller, Wissenschaftler. Viele Personen begaben sich ins Ausland (häufig unter Verzicht auf ansehnliche Ruhegehälter), weil sie nicht die Verantwortung dafür tragen wollten, was sie als Mitglieder des Machtapparates getan hatten. Der Historiker J. Eisler schreibt über sie: „Diese Menschen gehören nicht selten zu jenen Personen, die sich über Polen und über die Polen (in einer Art und Weise) Aussagen erlauben, die wir nicht verdienen.“ Zwischen 1968 und 1970 verließen Polen schätzungsweise 15 bis 20 000 Personen, ein Viertel davon siedelte sich in Israel an (seit dem September 1968 verließen Polen monatlich ca. 500 Personen jüdischer Abstammung). Viele Emigranten siedelten sich in anderen europäischen Ländern an, besonders in Schweden und Dänemark. Infolge der Provokationen vom März 1968 verließ also Polen die Mehrzahl der Juden, die bis dahin noch im Lande lebten.

#### SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die kommunistische Hetze gegen die Menschen jüdischer Abstammung trug wesentlich dazu bei, daß sie das Land verließen, und übte einen Einfluß auf das Bewußtsein der polnischen Gesellschaft aus. Die Kommunisten rechneten offiziell mit der Vergangenheit ab und deuteten dabei auf die Juden als Urheber stalinistischen Terrors. Władysław Gomułka mußte im Dezember 1970 auf das Amt des Generalsekretärs der kommunistischen Partei verzichten. 1980 erwachte in Polen die „Solidarność“-Bewegung und seit 1989 übernahm die sog. Opposition die Macht im Lande. Viele Dissidenten hatten eine jüdische Abstammung, aber nach Jahren kommunistischer Politik zog man es vor, diesen Umstand nicht ans Licht zu zerren.

Es ist mit Nachdruck festzustellen, daß infolge des NS-Holocaust und infolge der kommunistischen Politik gegenüber dem „Judentum“ nach 1945 im heutigen Polen von keiner präsenten jüdischen Nationalität gesprochen werden kann. In der Stadt Lublin lebten beispielsweise vor dem Kriege fast 38 000 Juden bei der Gesamtzahl von ca. 100 000 Einwohnern. Heute leben in der Stadt 370 000 Menschen und die Zahl der Juden beläuft sich auf 7 bis 8 Personen. Es blieb dennoch die „jüdische Frage“ übrig, die bei verschiedenen Anlässen auffaucht, und der angebliche Antisemitismus der Polen, der nicht selten an die große Glocke gehängt wird. In Anbetracht dessen, daß heutzutage im Land Polen kaum einem Juden zu begegnen ist, müßte man solche Stimmen über den Antisemitismus für gegenstandslos halten. Sonst

müßte man annehmen, daß man es dort mit einem „Antisemitismus ohne Juden“ zu tun habe. Unabhängig davon, wie das Verhältnis der Polen zu den Juden heutzutage zu umschreiben wäre, ist deutlich hervorzuheben, daß dieses Verhältnis im entscheidenden Maß eine Folge der kommunistischen Politik gegenüber dem Judentum in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg ist. Es war mein Bestreben, diese Politik in aller Kürze darzustellen.

## LITERATUR

- Berling Z., *Wspomnienia. Przeciw 17 Republice*, t. II, Warszawa 1991.
- Błażyński Z., *Mówi Józef Światło. Za kulisami bezpieki partii 1940-1955*, Londyn 1986<sup>3</sup>.
- Chodakiewicz M. J., *Żydzi i Polacy 1918-1955. Współistnienie-Zagłada-Komunizm*, Warszawa 2000.
- Cała A., *Wizerunek Żyda w polskiej kulturze ludowej*, Warszawa 1988.
- Dudek A., Pytel G., *Bolesław Piasecki. Próba biografii politycznej*, Londyn 1990.
- Eisler J., *Marzec 1968. Geneza. Przebieg. Konsekwencje*, Warszawa 1991.
- Bartoszewski W., Lawińska Z., *Ten jest z ojczyzny mojej. Polacy z pomocą Żydom 1939-1945*, Kraków 1966.
- Jedlicki W., *Chamy i Żydzi*, „Kultura” 1962, nr 12. Jako broszura wydana przez wyd. Krag, Kraków 1981 i wyd. Vacat, Gdańsk 1981.
- Kainer A., *Żydzi a komunizm*, Kwartalnik Polityczny „Krytyka” 1983, nr 15.
- Kąkolowski K., *Umarły cmentarz; wstęp do studiów nad wyjaśnieniem przyczyn i przebiegu morderstwa na Żydach w Kielcach 4 lipca 1946 roku*, Warszawa 1996.
- Kersten K., *Polacy Żydzi Komunizm. Anatomia półprawd 1929-1968*, Warszawa 1992.
- Kersten K., *Narodziny systemu władzy. Polska 1944-1948*, Paryż 1986.
- Najnowsze dzieje Żydów w Polsce w zarysie (do 1950 r.)*, red. J. Tomaszewski, Warszawa 1993.
- Micewski A., *Współzgodzić czy nie kłamać? PAX i ZNAK w Polsce 1945-1976*, Paryż 1978.
- Nowak J. R., *Czarny Leksykon I*, Warszawa 1998.
- Lublin w dziejach i kulturze Polski*, red. T. Radzik, A. Witusik, Lublin 1997.
- Pająk H., Żochowski S., *Żądy zbirów 1940-1990*, Lublin 1996.
- Piotrowski M., *Służba idei czy serwilizm? Zygmunt Felczak i Feliks Widy-Wirski w najnowszych dziejach Polski*, Lublin 1994.
- Ludzie bezpieki w walce z Narodem i Kościołem. Służba Bezpieczeństwa w Polskiej Rzeczpospolitej Ludowej w latach 1944-1978 – Centrala*, oprac. M. Piotrowski, Lublin 2000.
- Reguła J. A., *Historia Komunistycznej Partii Polski w świetle faktów i dokumentów*, Toruń 1994.
- Reich-Ranicki M., *Moje życie*, Warszawa 2000.
- Sack J., *Oko za oko. Przemilczana historia Żydów, którzy w 1945 r. mścili się na Niemcach*, Gliwice 1995; (wyd. niemieckie: *Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten*, Stuttgart 1995).
- Szaynok B., *Pogrom Żydów w Kielcach 4 lipca 1946 r.*, Warszawa 1992.
- Szwagrzyk K., *Zbrodnie w majestacie prawa 1944-1955*, Warszawa 2000.

Ustawa o ochronie danych osobowych z dnia 29 sierpnia 1997 r., „Dziennik Ustaw” z dn. 29 X 1997 r.

*Ustna harmonijka: relacje Żydów, których uratowali od zagłady Polacy*, oprac. E. Isakiewicz, Warszawa 2000.

Ż e n c z y k o w s k i T., *Dramatyczny rok 1945...*, b.r. i m.w.

Ż e n c z y k o w s k i T., *Polska Lubelska 1944*, Warszawa 1990.

## STOSUNEK PARTII KOMUNISTYCZNEJ W POLSCE DO ŻYDÓW PO 1945 ROKU

### S t r e s z c z e n i e

Narzucona siłą Polsce w 1944 r. tzw. „władza ludowa”, skupiała w swych szeregach zarówno ludność pochodzenia polskiego jak i w znacznej mierze pochodzenia żydowskiego. Stan taki był pochodną celowej polityki J. Stalina, który podczas tworzenia pierwszych zrębów administracyjnych przyszłej PRL na bazie Zarządu Głównego Związku Patriotów Polskich (ZPP) oraz Polskiego Komitetu Wyzwolenia Narodowego (PKWN) zalecał, aby na listach kandydatów zdecydowanie preferowano towarzyszy pochodzenia żydowskiego, dążąc do tego aby wszędzie stanowili większość. Stwierdzano wprost, że ich narodowe pochodzenie gwarantuje większą pewność dyspozycyjności niż komunistów polskich. Koncepcji tej bezskutecznie próbowali się m.in. przeciwstawić polscy generałowie walczący po stronie Armii Czerwonej, jak Karol Świerczewski i Zygmunt Berling. Współdziałający z Sowietami zarówno Polacy jak i Żydzi, przez społeczeństwo polskie postrzegani byli jako zdrajcy. Wedle zgodnej opinii historyków, pomimo fluktuacji różnych osób na ważnych rządowych stanowiskach, faktycznie w Polsce w latach 1944-1956 decydowała i rządziła trójka: Bolesław Bierut, Jakub Berman i Hilary Minc. Dwóch ostatnich było pochodzenia żydowskiego i określali się jako Żydzi. Do dziś trwa w Polsce spór na temat procentowego udziału Żydów w strukturach komunistycznej władzy, lecz nie dokonano jeszcze szczegółowych rachunków. Jednakże *a priori* przyjmowane jest twierdzenie, iż ogólnie biorąc była to „żydo-komuna”. Szczególnie zniechęconym stał się Resort Bezpieczeństwa Publicznego, później MBP, w którym wszystkie ważniejsze stanowiska obsadzono ludźmi pochodzenia żydowskiego. Wprawdzie na jego czele stał Polak Stanisław Radkiewicz, ale wiceministrami byli Żydzi m.in. Mieczysław Mietkowski i Roman Romkowski, później Antoni Alster (w Komitecie ds. Bezpieczeństwa Publicznego). Najważniejszymi departamentami w tym ministerstwie również zawiadywali ludzie pochodzenia żydowskiego. Departamentem V ds. walki z Kościołem i środowiskiem inteligencji kierowała lwowska Żydówka Julia Brystyger. Dyrektorem Departamentu VII ds. cenzury był Józef Czaplicki; Departamentem X, dbającym o „czystość” szeregów partii komunistycznej kierował Anatol Fejgin; wicedyrektorem był zbiegły na Zachód w 1953 r. Józef Światło (Izaak Fleishfarb). Głównym Urzędem Cenzury kierował Marcel Reich (Ranicki), dyrektorem Departamentu Więziennictwa MBP był Jerzy-Dagobert Łańcut; szefem Departamentu Śledczego był osławiony sadysta płk Józef Goldberg-Różański. Wszystko to sprzyjało umacnianiu przeświadczenia, że winę za powojenne zniewolenie narodu polskiego ponoszą Żydzi. Podobnego zdania był także prymas Polski kard. August Hlond. Rosnąca bariera uprzedzeń pomiędzy Polakami a Żydami czyniła z tych ostatnich dogodny instrument polityki prowadzonej przez Stalina. Potrzebował on bowiem zwolenników bezwzględnie zaufanych, po których mógł się spodziewać całkowitej lojalności, a więc

ludzi możliwie osamotnionych, bez zaplecza rodzinnego, sąsiedzkiego – którzy partię komunistyczną uczynią swym jedynym kręgiem odniesienia. Logicznie rzecz biorąc Żydzi przebywający po wojnie w Polsce powinni mieć wsparcie i zagwarantowaną opiekę przynajmniej ze strony komunistów i Urzędu Bezpieczeństwa Publicznego. Tak jednak nie było, gdyż stali się oni nie podmiotem, a przedmiotem politycznej rozgrywki. Dla współrodaków ze wspomnianych komunistycznych formacji nadrzędnym celem było zwycięstwo idei rewolucji oraz posłuszne wypełnianie dyrektyw Stalina. Na tak zbudowanym ołtarzu całkowicie poświęcono interes jednostki – także „zwykłego” Żyda. Podkreślić należy, iż na nastrojach społeczeństwa polskiego względem tzw. „kwestii żydowskiej” władze komunistyczne „grały” świadomie – nie bacząc na tragiczny finał. Większość historyków w Polsce nie ma wątpliwości, iż antyżydowskie ruchy i próby ich wzniecenia w Krakowie, Rzeszowie, Lublinie, a przede wszystkim najbardziej znane i tragiczne w skutkach – w Kielcach, były prowokacją. Oznacza to, że ludność polska była celowo prowokowana przez aparat komunistyczny, w którym czynni byli przeciw Żydz, do wystąpienia przeciw „zwykłemu” Żydom, a nawet do pogromów. W jednym z podziemnych pism Zrzeszenia WiN „Honor i Ojczyzna” znalazło się znamienne zdanie: „Żydzi stali się więc niebezpiecznym narzędziem w ręku tych, którzy są bardziej komunistami niż ... Żydami”. Nie dziwi więc, że pozostający w Polsce Żydzi czuli się zagubieni. Ich los znalazł się pomiędzy przysłowiowym „młotem i kowadłem”. Mieli jednak do wyboru kilka wariantów: albo wyjechać z Polski, albo zmienić nazwisko i „wtopić się” w społeczeństwo polskie, albo też przystąpić do obozu rządzącego, zasilając szeregi „żydo-komuny”. Niezdecydowani skazani byli, w zaistniałych warunkach, na alienację. Żydzi, którym udało się przeżyć niemiecką okupację, obozy koncentracyjne, pałali chęcią rewanżu i zemsty na Niemcach, którzy byli sprawcami zagłady ich całych rodzin. Okazję taką stworzyli koledzy z UB, masowo werbując ich do tej formacji. Kompleksowo zjawisko to opisał amerykański Żyd – John Sack w książce pt. *Oko za oko. Przemilczana historia Żydów, którzy w 1945 r. mścili się na Niemcach*. W łonie komunistycznej partii trwała ostra walka, w której przełomem stała się śmierć Stalina w 1953 r. oraz odwilż polityczna po październiku 1956 r. Od dawna bowiem ścierały się ze sobą, walcząc o wpływy i władzę, dwie frakcje komunistów: Żydzi, przybyli wraz z Armią Czerwoną do Polski, i grupa polskich komunistów walczących w czasie II wojny światowej w podziemiu – tzw. „partyzanci” – z ministrem spraw wewnętrznych Mieczysławem Moczarom na czele. Dojście W. Gomułki do władzy w 1956 r. wpłynęło na wzmocnienie tej drugiej grupy. Odpowiedzialność za zbrodnie stalinowskie wygodnie było zrzucić właśnie na funkcjonariuszy żydowskich i pod pretekstem „wypaczeń idei socjalizmu” rozpocząć czystki w aparacie bezpieczeństwa i partii. Część zwalnianych funkcjonariuszy-Żydów wyjeżdżała na Zachód Europy, do USA i Izraela. Według statystyk międzynarodowych w 1948 r. mniejszość żydowska liczyła w Polsce 88 tys. osób. Znaczna część emigrowała do Izraela już w latach 1949-1951. W zorganizowanych transportach emigrowało tam ok. 28. tys. Żydów. W latach 1956-1957 z Polski odpłynęła kolejna fala Żydów którą oblicza się na ok. 40 tys. osób. Dodać jednak trzeba, że połowę z nich stanowili dopiero co repatriowani Żydzi z terytorium Związku Radzieckiego. Emigracji tej towarzyszyły komentarze, że Żydzi uciekają z Polski, bojąc się odpowiedzialności za swoje zbrodnie popełnione w okresie stalinowskim („błędów i wypaczeń”), a także ze względu na obawę przed polskim antysemityzmem, rozbudzonym przez popełnione zbrodnie. Wśród wyjeżdżających było faktycznie wielu komunistów.

W marcu 1957 r. zawarta została polsko-radziecka umowa, na mocy której do 31 marca 1959 r. repatriowano do Polski 224 tys. osób. W grupie tej przyjechało ok. 40 tys. osób pochodzenia żydowskiego, ale większość z nich w Polsce nie pozostała. W latach 1967-1968 liczbę Żydów w Polsce szacowano na 25-30 tys. W partii komunistycznej (PZPR) wyodrębniły się dwie nieformalne grupy: tzw. „puławska” i „natolińska”, nazwane tak od miejsc w których się zbierali. W skład pierwszej z nich bardziej liberalnej – tzn. domagającej się zmian, wchodzili

w większości komuniści pochodzenia żydowskiego w skład drugiej tzw. „partyjny beton” – w większości zachowawczy „partyzanci”. W polskiej literaturze przedmiotu popularnie ugrupowania te nazywa się też: „Chamy i Żydy” (W. Jedlicki). Na początku lat 60. w Ministerstwie Spraw Wewnętrznych (MSW) dokonano, jak pisał historyk J. Eisler, „aryzacji” lub „dejudyzacji” resortu. Bez zgody Biura Politycznego PZPR zakładano podsłuchy telefoniczne i inwigilowano wpływowo osoby pochodzenia żydowskiego. Kontroli władz komunistycznych poddano „Folks-Sztyme” jedyne w Polsce pismo wydawane w języku jidisz. „Czystka rasowa” objęła także korpus oficerski. Przebywający w Polsce wiceminister obrony narodowej ZSRR marszałek Sergiej Biriuzow, miał oświadczyć gen. M. Spychalskiemu: „armia dowodzona przez Żydów i kontrrewolucjonistów nie może być użyta w walce przeciwko imperializmowi”. Wypowiedź ta związana była z ideologiczną ofensywą podjętą przez ZSRR w krajach arabskich. Ponownie więc kwestia żydowska, za pośrednictwem Związku Radzieckiego, stała się instrumentem wewnętrznej gry politycznej w Polsce. W połowie lat 60. wśród 40-45 tys. oficerów wojska polskiego, ok. 250-300 stanowili Żydzi. Z armii zwalniano nawet osoby „oskarżane” o przyjaźń z żydowskimi oficerami.

W partii komunistycznej grupa M. Moczara („partyzantów”) zwalczała „liberalne” zaplecze I sekretarza PZPR W. Gomułki. Do akcji tej dołączyła się grupa tzw. postępowych katolików środowiska PAX, z Bolesławem Piaseckim na czele. Starano się umacniać przekonanie, że pierwsze dziesięciolecie krwawego komunizmu w Polsce było zasługą Żydów-komunistów, a komuniści-„partyzanci” winy za to nie ponoszą. Nową historię Polski utrwalac miały w świadomości społeczeństwa nowo produkowane filmy. W 1968 r. sięgnięto ponownie do instrumentu prowokacji. Jego preludium stanowiła wojna izraelsko-arabska 1967 r., w której ZSRR opowiedział się po stronie Arabów. W Polsce partia komunistyczna, stosując się do dyrektyw Moskwy, rozpoczęła tropienie zwolenników zwycięstwa Izraela. Pierwszymi podejrzanymi były oczywiście osoby pochodzenia żydowskiego. Poważne ataki na nich okazały się być związane z wewnętrzną polityczną prowokacją w łonie PZPR. Na początku marca 1968 r., minister spraw wewnętrznych PRL M. Moczar, wykorzystując nieobecność I sekretarza PZPR W. Gomułki w Polsce, postanowił przejąć pełnię władzy i jednocześnie pozbyć się z aparatu władzy osób pochodzenia żydowskiego. W tym celu posłużył się prowokacją podburzając młodzież studencką do wystąpień. Na czele protestujących stanęli młodzi ludzie – w większości pochodzenia żydowskiego, których rodzice piastowali niegdyś poczesne stanowiska rządowe i partyjne. Byli to m.in.: Adam Michnik – syn Ożjasza Szechtera, przewodniczącego KPZU; Aleksander Smolar – syn Grzegorza, redaktora naczelnego żydowskiego pisma „Folks-Sztyme”; Henryk Szlajfer – ojciec jego był cenzorem w Głównym Urzędzie Kontroli Prasy, Publikacji i Widowisk; Irena Grudzińska – córka wiceministra rolnictwa, Marian Alster – syn b. wiceministra spraw wewnętrznych; Karol Modzelewski – syn b. ministra spraw zagranicznych itd. Młodzież tę nazywano „bananową” – czyli wolną od kłopotów i trosk materialnych.

W. Gomułka po powrocie do kraju zdołał opanować sytuację, zwolnił Moczara z pełnionej funkcji, ale postanowił skorzystać z drugiej części prowokacyjnego scenariusza i na fali tej „załatwić” problem żydowski. Wsparł ataki na Żydów w partii (choć jego żona Zofia była Żydówką), w rządzie, administracji, w kulturze i w nauce, skutecznie ich stamtąd eliminując. Dokonano wówczas „rasowej czystki” w szeregach tych instytucji i organizacji. Jednym z celów akcji miało być zbliżenie władzy do społeczeństwa. Nie został on jednak osiągnięty. Antysemityzm rozpętany przez PZPR spotkał się z dezaprobatą wielu środowisk i wybitnych osób. Przede wszystkim zdystansował się od tego Kościół katolicki. Po uśmierzeniu zamieszek władza komunistyczna zaczęła stosować różnorodne środki nacisku na osoby pochodzenia żydowskiego, chcąc wpłynąć na ich decyzję wyjazdu z Polski. Liczono natomiast na efekt propagandowy, stawiając tezę o „obcości Żydów” w Polsce. Mówiono więc: gdyby czuli związek z Polską, to by z niej nie wyjeżdżali. Motywem emigracji osób pochodzenia żydowskiego

w tamtym okresie było poczucie zagrożenia, obawa przed wzrostem antysemityzmu, ale także nadzieja na poprawienie swoich warunków bytowych na emigracji. Przypominało to więc niekiedy emigrację zarobkową. Polskę opuszczało wtedy wielu ludzi kultury, pisarzy, poetów, naukowców. Wielu jednak wyjeżdżało nie chcąc ponosić odpowiedzialności za czyny, które dokonali będąc w aparacie władzy. W kraju pozostawili świetne emerytury, legitymacje partyjne itp. Jak podkreśla historyk J. Eisler „ci ludzie często są tymi, którzy o Polsce i Polakach mówią w sposób, na jaki nie zasługujemy”. Według przybliżonych szacunków po marcu 1968 r. – w ciągu dwóch lat – wyjechało z Polski 15-20 tys. osób, z czego ok. 25% osiedliło się w Izraelu. Pokłosiem prowokacji marcowych było więc opuszczenie Polski, przez większość przebywających tam po II wojnie światowej Żydów.

Komunistyczna nagonka na ludzi pochodzenia żydowskiego w znacznej mierze przyczyniła się nie tylko do ich emigracji z Polski, ale także wpływała na kształt świadomości polskiego społeczeństwa. Komunistyczna władza chciała oficjalnie i bez ogródek rozliczyć się z przeszłością, wskazując także na sprawców stalinowskiego terrorku w Polsce. W grudniu 1970 r. usunięty został ze stanowiska I sekretarza partii W. Gomułka. W 1980 r. wybuchła w Polsce „Solidarność”, a w 1989 r. rozpoczęto przekazywanie władzy wybranym ludziom opozycji. Wielu dysydentów miało pochodzenie żydowskie, lecz po latach komunistycznej polityki, wolało tego faktu nie upubliczniać. Trzeba wyraźnie stwierdzić, iż wskutek wojennego holocaustu i polityki komunistów po 1945 r. problem Żydów w Polsce jako nacji przestał istnieć. Pozostała jednak „kwestia żydowska”, wpływająca przy różnych okazjach i nagłaśniana szeroko rzekomy antysemityzm Polaków. Publicznie mówi się do dziś o „antysemityzmie bez Żydów”. Przedstawione tu wydarzenia stały się asumptem do formułowania przez wielu historyków, politologów oraz publicystów tezy, iż przemiany następujące w Polsce po 1989 r. to zmodyfikowana kontynuacja walk frakcyjnych „Chamów” i „Żydów” – czyli dawnych aktywistów PZPR pochodzenia żydowskiego z tzw. partyjnym „betonem”.

**Słowa kluczowe:** stosunki polsko-żydowskie, antysemityzm, antypolonizm, władze bezpieczeństwa w PRL, Żydzi, komunizm, historia PRL.

**Schlüsselwörter:** Polish-jüdische Beziehungen, Antisemitismus, Antipolonismus, Sicherheitsbehörden in der Volksrepublik Polen, Juden, Kommunismus, Geschichte der Volksrepublik Polen.

**Key words:** Polish-Jewish Relations, anti-semitism, anti-polonism, security authorities in the Polish People's Republic, Jews, communism, history of the Polish People's Republic.